

Die Botschaft, die im Interesse der Rüstungswirtschaft und der westlichen Führungsriege immer wieder unter die Leute gebracht werden muss: Aufrüsten, mehr Waffen. Um diese Botschaft immer wieder und nachhaltig zu platzieren, wird schon seit längerem die Methode „B sagen, um A zu transportieren“ eingesetzt. Man sagt, wie gerade polnische Spitzen-Politiker, die Deutschen und ihre Regierung täten zu wenig für Aufrüstung, sie lieferten zum Beispiel keine Panzer (= B). Damit wird unterschwellig A transportiert: Aufrüstung ist sinnvoll. Die Tagesschau lieferte gestern ein Musterbeispiel für dieses Verfahren. Ihr Redakteur David Zajonz aus dem Warschauer Studio berichtet von der großen Enttäuschung polnischer Politiker. **Albrecht Müller**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

<https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/220525-Tagesschau-als-Kampagnen-Medium-im-Dienste-der-Aufruestung-NDS.mp3>

Podcast: [Play in new window](#) | [Download](#)

Er setzt dabei auch gleich noch eine andere Manipulationsmethode ein, die Methode nämlich, eine Botschaft dadurch glaubwürdiger erscheinen zu lassen, wenn sie aus verschiedenen Ecken kommt, im konkreten Fall vom polnischen Präsidenten Duda und vom Oppositionsführer Tusk. Und der wendige Jungredakteur Zajonz zitiert um der Glaubwürdigkeit willen auch noch den Leiter einer Denkfabrik – Experten helfen, zu manipulieren.

Hier ist zum Beleg für diese mustergültige Manipulation des Publikums der Text der gestrigen Tagesschau-Meldung, *Stand: 24.05.2022 20:11 Uhr*:

Führungsschwach, träge, wortbrüchig: Polnische Politiker sparen in diesen Tagen nicht mit Kritik am Ukraine-Kurs der Bundesregierung. Präsident Duda wirft Deutschland zudem vor, Polen Panzer zu schulden.

Von David Zajonz, ARD-Studio Warschau

Am Rande des Weltwirtschaftsforums in Davos nutzt Polens Staatspräsident Andrzej Duda die Bühne der Weltöffentlichkeit für einen Angriff auf die deutsche Regierung. Es geht um Panzerlieferungen, die Deutschland Polen in Aussicht gestellt habe – als Kompensation für Panzer, die Polen an die Ukraine abgetreten

hat.

“Wir wären sehr dankbar, wenn unsere deutschen Verbündeten uns mit Panzern unterstützen würden – als Ausgleich für die Panzer, die wir an die Ukraine abgegeben haben”, sagte Duda. “Wir hatten ein solches Versprechen. Wir hören, dass die Deutschen dieses Versprechen nicht einhalten wollen, das ist für uns eine große Enttäuschung.”

Der nach polnischer Darstellung geplatzte Ringtausch ist nur ein Beispiel für die Kritik von polnischen Spitzenpolitikern am Ukraine-Kurs der Bundesregierung. Bereits kurz nach Kriegsbeginn war es Ministerpräsident Morawiecki, der sich entsetzt zeigte über die deutsche Lieferung von 5000 Helmen an die Ukraine. “5000 Helme? Das muss ein Witz sein”, entfuhr es ihm damals.

Für viele war Deutschland lange ein Vorbild

Gerade für den liberalen, westeuropäisch orientierten Teil Polens war Deutschland lange Zeit ein großes Vorbild. Ein wirtschaftlich und – je nach Sichtweise – auch gesellschaftlich weiter entwickelter Nachbar. Doch auch dieser Teil der Gesellschaft sehe Deutschlands aktuelle Rolle kritisch, sagt Piotr Buras, Leiter des Warschauer Büros der Denkfabrik European Council on Foreign Relations.

“Die deutsche Zögerlichkeit in den Fragen der Waffenlieferungen an die Ukraine hat dem Image Deutschlands in Polen einen Schaden zugefügt”, sagt Buras. “Die Polen sind eigentlich durch die Bank ziemlich enttäuscht und auch überrascht davon, dass Deutschland hier nicht auf der Höhe der Zeit ist. Von Deutschland würde man erwarten, dass es in einer massiven Krise, die wir heute erleben, die Führung übernimmt und nicht den Ereignissen und anderen Verbündeten hinterherhinkt. Ich glaube, das ist der Eindruck, den man in Polen hat.”

“Die Deutschen haben einiges auf dem Kerbholz”

Selbst Oppositionsführer Donald Tusk, der fließend Deutsch spricht und eigentlich ein großer Freund der Bundesrepublik ist, findet dieser Tage kritische Worte: “Ich lobe die Deutschen nicht, denn sie haben einiges auf dem Kerbholz und sind mitverantwortlich für die gegenwärtige Situation in der Region.” Deutschland müsse die Ukraine entschieden unterstützen, so Tusk, falls man denn glauben solle, dass die Deutschen die richtigen Lehren aus der eigenen

Geschichte gezogen haben.

Für Polit-Analyst Buras ist das ein klares Zeichen an Deutschland: "Wenn eine Kritik an Deutschland von Politikern wie Tusk kommt, dann muss man die auch ernst nehmen. Diese Kritik leitet sich von der Annahme, dass wir ein starkes Deutschland brauchen." Ein starkes Deutschland, das im Nachbarland Polen derzeit viele vermissen.

[Polens Enttäuschung über Deutschland](#)

[David Zajonz, WDR, 24.5.2022 · 19:25 Uhr](#)

Eigentlich ist der gesamte Text eine einzige Unverschämtheit gegenüber unserem Land und gegenüber allen friedliebenden Steuerzahlern in Deutschland.

So sieht der Meister der Manipulation aus:



David Zajonz@DavidZza

Es ist auch interessant zu sehen, was dieser Redakteur sich ansonsten leistet. Zum Beispiel macht er auf Twitter Reklame für die letzte Sendung von Anne Will, kritisiert Kanzler Scholz mit der gleichen Botschaft wie oben und hetzt gegen die, die nicht in seine Glaubenswelt passen, zum Beispiel Wagenknecht, Gysi und Schwarzer:

← **Tweet**



David Zajonz
@DavidZza

Angenehm konstruktive Runde bei [#AnneWill](#) heute - ohne ahnungslose Krawallmacher. Allerdings auch Zeugnis dessen, dass kaum noch jemand den Kanzler versteht.

10:29 nachm. · 22. Mai 2022 · Twitter for iPhone



Dirk Vogel @DirkVogel1 · 22. Mai



Antwort an [@DavidZza](#)

Van Aken ist sicher nicht als „angenehm konstruktiv“ zu bezeichnen. Auf die anderen trifft es sicher zu.



1



David Zajonz @DavidZza · 22. Mai



Im Vergleich zu Gysi / Wagenknecht / Schwarzer / Welzer schon. Bei den Sanktionen hat er einen Punkt (auch wenn er sie dauernd unzulässigerweise gegen Waffenlieferungen ausspielt).



1



twitter.com/davidzza/status/1528473122311131138

Das war ein kurzer Bericht zu dem, was uns der führende öffentlich-rechtliche Rundfunk, die ARD, jeden Tag zumutet. Es ist auch ein Musterbeispiel dafür, was wir uns inzwischen – im Interesse der Rüstungswirtschaft und militärischer Auseinandersetzungen – von unseren

Nachbarn bieten lassen.